DIE LINKE. Sachsen
3. Tagung des 15. Landesparteitages 10. Oktober 2020

C. Sachantrag

C.2. Polizei? Neu denken!

Einreicher*innen: Delegation der linksjugend ['solid] Sachsen

---

Der Landesparteitag der LINKEN Sachsen möge folgende Positionierung beschließen:

In den vergangenen Monaten wurde berechtigterweise viel über die Polizei diskutiert - die weltweite Empörung über den rassistischen Mord an George Floyd in Minneapolis führte im Zuge der Black-Lives-Matter-Demonstrationen auch zu erneuten Diskussionen über rassistisches Vorgehen der deutschen Polizeibehörden, welche durch zahlreiche Erfahrungsberichte von BiPOC (Schwarzen, Indigenen und nicht-weißen Menschen) begleitet wurden.

Und tatsächlich ist die Liste an Verfehlungen allein der letzten Monate endlos lang: Vom NSU 2.0 in Hessen, der seine Daten von Polizeicomputern bezog, den Stammbaumforschungsplänen im Zuge der Ausschreitungen in Stuttgart, Mitgliedschaften in bewaffneten Netzwerken wie Hannibal und Nordkreuz oder dem fortwährenden Racial Profiling, das aber eben 'eigentlich' verboten sei und demnach laut Horst Seehofer auch nicht analysiert werden müsse. In Sachsen das gleiche Bild: Rund 300 Patronen gingen von 2010 bis 2018 verloren, dazu eine Leuchtpatrone, die Maschinenpistole und zwei weitere Pistolen - einiges davon tauchte zu Beginn diesen Jahres dann bei Nordkreuz wieder auf. Ungefähr zu dieser Zeit wurden 3 Studierende an der sächsischen Polizeihochschule in Rothenburg aufgrund rechtsextremer Äußerungen vorläufig suspendiert und befinden sich damit in guter Gesellschaft zu mindestens 16 weiteren Beamt*innen, die in Sachsen in den vergangenen fünf Jahren in Verdacht geraten sind, sich rechtsextrem zu betätigen. Und: Auch wenn hier keine Diskriminierungsform ersichtlich ist, deutet das 'Fahrradgate' in der Polizeidirektion Leipzig, in dessen Zuge nach langem hin und her gegen 45 Beamt*innen ermittelt wird, deutlich darauf hin, dass einiges im Argen liegt.

''Polizei'' muss insgesamt neu gedacht werden. Die vielen eklatanten Missstände müssen angegangen werden, um erste Schritte hin zu einer Gesellschaft zu gehen, die Repression und Gewalt als Mittel der gesellschaftlichen Problemlösung mehr und mehr überwindet. Doch tatsächlich werden jegliche Maßnahmen, und sei es nur die Erhebung von Daten zur tatsächlichen Ausübung von Racial Profiling oder rechter Einstellungen von Polizeibeamt*innen, von vornherein bekämpft. Jene Personen, welche die Missstände dadurch bekämpfen wollen, dass sie diese zunächst als strukturelles Problem benennen, werden massiv angegriffen. Wie soll so eine ergebnisoffene Debatte über eine Behörde zustande kommen, die über das staatliche Gewaltmonopol und entsprechende Sonderrechte verfügt? Es bedarf einer starken Kontrolle der Sicherheitsbehörden und auch eines stetigen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess über deren Handeln. Der Diskurs über Polizeiarbeit in Theorie und Praxis sollte daher auch von uns nicht als Angriff auf einzelne Polizist*innen, sondern als wichtiger Baustein unserer Demokratie gesehen werden. Unser Ziel muss es sein, staatliche Gewalt zu verdrängen und durch Prävention und Kooperation zu ersetzen.

Solange es keine Kennzeichnungspflicht und keine unabhängigen Ermittlungsstellen zur Aufklärung von Polizeigewalt gibt, werden trotz ständiger Übergriffe die Täter*innen in Uniform nach wie vor keine Konsequenzen zu fürchten haben. Und solange der Korpsgeist die Beamt*innen dazu führt sich gegenseitig zu schützen und Straftaten zu verschleiern, bleibt uns bei genauer Betrachtung gar nichts anderes übrig, als einen Generalverdacht gegenüber den Polizeibeamt*innen zu formulieren. Und zwar dahingehend, dass sie nicht willens sind, rechte Gewalt und rassistisches Verhalten in den eigenen Reihen konsequent zu bekämpfen. Schließlich verunmöglichen es die gegenwärtigen Gesetze faktisch, einzelne

Uniformträger*innen für Straftaten zur Verantwortung zu ziehen - ohne dass sich innerhalb der Polizei selbst dagegen Widerspruch erhebt.

Als erste Schritte, zusätzlich zu den bisherigen Standpunkten von DIE LINKE. Sachsen, fordern wir daher:

- die Durchführung einer unabhängigen Studie zu rechten Einstellungsmustern in den sächsischen Polizeibehörden
- die Durchführung einer unabhängigen Studie zum Aufkommen von Racial Profiling bei Kontrollen durch sächsische Polizeibeamt*innen
- die Streichung des Ausdrucks der „grenzpolizeilichen Erfahrung", der zur Rechtfertigung von Racial Profiling herangezogen wird, aus sämtlichen Polizeigesetzen
- harte und sofortige Sanktionen für Polizeibeamt*innen, die im neonazistischen Milieu aktiv sind
- die Einberufung eines Untersuchungsausschusses zu rechten Netzwerken innerhalb der sächsischen Polizei- und Sicherheitsbehörden sowie zu verschwundenen Waffen und Munition
- verpflichtende Workshops zu interkultureller Kompetenz und demokratischer Bildung für die sächsische Polizei
- Einführung einer zweifelsfreien Erkennung bei Datenabfragen von Polizeicomputern
- objektive Berichterstattung über polizeiliches Handeln (meint zum Beispiel das aktive Hinwirken darauf, dass seitens der Journalist*innen nicht blind falsche Pressemeldungen oder die emotionalisierten und subjektiven Social-Media-Beiträge der Polizeibehörden als Fakten herausgegeben werden)
- personeller und finanzieller Ausbau der zivilen Träger (etwa Streetworker*innen, psychologische Krisenhilfe, Sanitäter*innen), um etwaige bedrohliche Situationen möglichst konfliktarm zu lösen und gleichzeitig Polizeikräfte zu entlasten
- die Absetzung von Roland Wöller

Begründung:

erfolgt mündlich

Entscheidung des Landesparteitages: